

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2019**Bericht über die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode**

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) anliegend den Bericht über die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode.

Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag) um Kenntnisnahme.

Anlage:

Bericht über die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode

Bericht

über die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen

19. Legislaturperiode

Die Bürgerschaft (Landtag) hatte den Senat mit Beschluss vom 25. September 2014 aufgefordert, einen Prozess zur Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien zu initiieren (Drs. 18/1438).

Unter Federführung der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit wurde daraufhin ein breit angelegter Beteiligungsprozess mit der Zivilgesellschaft und Bürgerinnen/Bürger durchgeführt.

Der Beteiligungsprozess mündete im Ergebnis in einem Leitlinienentwurf. Diese Leitlinien wurden am 3. März 2015 vom Senat verabschiedet.

In den Leitlinien wurden insgesamt neun Ziele identifiziert, auf die das Land Bremen seine entwicklungspolitischen Aktivitäten konzentrieren sollte. Diese lauten:

1. Das Land Bremen fördert Projekte der entwicklungspolitischen Auslandsarbeit, die sich an den Maßstäben zur Erreichung der Sustainable Development Goals orientieren.
2. Der Senat und die entwicklungspolitischen Organisationen in Bremen und Bremerhaven intensivieren den Dialog mit den Initiativen und Projekten von hier lebenden Migrantinnen und Migranten und binden diese in bestehende Netzwerke ein.
3. Der Senat unterstützt und fördert die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit in Bremen und Bremerhaven über die zivilgesellschaftlichen Akteure.
4. Bildung für nachhaltige Entwicklung findet Einzug in die Ausbildung von Lehrerinnen/Lehrern und Erzieherinnen/Erziehern.

5. Die öffentliche Beschaffung wird in der Freien Hansestadt Bremen nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet, indem insbesondere das Vergabegesetz konsequent umgesetzt wird.
6. Für alle Behörden Bremens wird ein Mechanismus zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes bei Dienstreisen eingeführt.
7. Der Senat initiiert in Kooperation mit den entwicklungspolitischen Organisationen ein Projekt zur entwicklungspolitischen Partizipation junger Menschen.
8. Ein entwicklungspolitisches Forum wird eingerichtet und berät den Senat bei der Umsetzung der Leitlinien.
9. Der Senat richtet einen ressortübergreifenden Arbeitskreis Entwicklung ein.

Auf Seite 26 der Leitlinien ist zudem festgelegt: „Diese Leitlinien werden alle vier Jahre auf ihre grundsätzliche Ausrichtung und Wirkung hin überprüft und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft sowie den Partnerorganisationen weiterentwickelt.“

Im Rahmen von zwei Offenen Foren im Jahr 2016 und 2018 wurden gemäß Ziel 8.) „Interessierte sowohl aus der Verwaltung als auch aus der Zivilgesellschaft Bremens und Bremerhavens eingeladen, sich über den Umsetzungsstand der Leitlinien zu informieren und sich mit Ideen, Vorschlägen und Kritik über die Ziele und die Ausrichtung der Leitlinien sowie den eigenen Beitrag zur Umsetzung einzubringen.“

Nachfolgend wird anhand der in den entwicklungspolitischen Leitlinien genannten Ziele über deren Umsetzungsstand durch die entwicklungspolitischen Maßnahmen und Aktivitäten des Landes Bremen im Zeitraum 2015 bis 2019 berichtet.

Ziel 1: Das Land Bremen fördert Projekte der entwicklungspolitischen Auslandsarbeit, die sich an den Maßstäben zur Erreichung der Sustainable Development Goals orientieren.

Das Land Bremen engagiert sich seit über 30 Jahren in der entwicklungspolitischen Auslandsarbeit und war damit seinerzeit Vorreiter unter den Ländern. Bis heute kann Bremen im Ländervergleich bezogen auf seine Einwohnerinnenzahl/Einwohnerzahl ein überdurchschnittliches entwicklungspolitisches Engagement vorweisen, das durch Aktivitäten der Zivilgesellschaft flankiert wird. Diese Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens wurde auch in den vergangenen vier Jahren erfolgreich fortgesetzt. Auch das vom Gesamtpersonalrat (GPR) initiierte und durch Spenden der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im bremischen öffentlichen Dienst finanzierte Programm „Rest Cent“ förderte verschiedene Projekte bremischer Initiativen in weiteren Ländern (Nepal, Nigeria, Kamerun, Südafrika und Guinea). Im Vordergrund stehen dabei die Stärkung der Selbsthilfekräfte und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.

Alle durchgeführten Projekte leisten einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ungleichheit sowie den Auswirkungen des Klimawandels und tragen zum Nord-Süd-Dialog bei.

In dieser Legislaturperiode lagen die geografischen Schwerpunkte des Engagements weiterhin auf den beiden Ländern Südafrika und Namibia mit der bremischen Partnerstadt Durban und der Freundschaftsstadt Windhoek. Die Maßnahmen werden im Rahmen der mit beiden Städten bestehenden Klimapartnerschaften in enger Abstimmung mit den Partnerkommunen und in der Regel unter Einsatz eines hohen Anteils von Drittmitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführt. Ein weiterer wichtiger Baustein der ausländischen Entwicklungszusammenarbeit ist die Teilnahme Bremens am Bund-Länder-Programm,

in dessen Rahmen die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) fachbezogene Vorhaben im Auftrag des Bundes und der Länder koordiniert und durchführt.

Aktuelle Projekte sind:

1. Bremen – Durban Netzwerk für Marine Umweltbildung, Südafrika: Über einen Zeitraum von zwei Jahren hinweg wird bremische Expertise wissenschaftlicher Institute der Universität Bremen im Bereich der Meereswissenschaften genutzt, um jungen Menschen in Durban Kenntnisse rund um die Bereiche Meeresbiologie, Klima- und Küstenschutz und Verschmutzung (insbesondere durch Plastik) zu vermitteln. Neben der Wissensvermittlung im Bereich Umweltbildung, gehören auch Qualifikationen wie zum Beispiel Präsentations- und Lehrtechniken zum Programm, um den jungen Menschen zusätzliche Möglichkeiten beim Start ins Berufsleben zu verschaffen.
2. Unterstützung der beruflichen Bildung, Namibia: Stärkung der nationalen Expertise in der Berufsbildung zur Schaffung einer auf wissenschaftlichen Grundlagen und Forschungsergebnissen basierenden Berufspolitik. Berufsbildungsexpertinnen/Berufsbildungsexperten des Instituts für Technik und Bildung (ITB) an der Universität Bremen untersuchen die vorhandenen strukturellen und personellen Berufsbildungskapazitäten und vermitteln auf dieser Grundlage Verbesserungsvorschläge. Zentraler Beitrag Bremens ist die Schulung von Ausbilderinnen/Ausbilder aus den Vocational Training Centers nach dem methodischen Ansatz der Lern- und Arbeitsaufgaben. Trainings werden sowohl in Namibia als auch in Bremen durchgeführt.
3. Unterstützung des Mobilitäts- und Logistiksektors, Namibia: Zentrale Bestandteile des Projekts sind Formate für den Austausch und Wissenstransfer zwischen den Akteuren. So sollen Teilnehmerinnen/Teilnehmer aus beiden Ländern Erfahrungen in Bezug auf die Planung von Verkehrskonzepten und das Hafenmanagement austauschen. Weiterhin sollen Hospitationen von namibischen Fachleuten in bremischen Verwaltungsstellen stattfinden. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ist inhaltlich in die Themenfelder Entwicklung des Logistiksektors und Hinterlandanbindung des Hafens in Walvis Bay einbezogen. In diesem Zusammenhang berät bremenports die namibischen Hafengesellschaften bezüglich der Verbesserung der Anbindung des Hafens und der Leistungserbringung des Hafens in Walvis Bay.
4. Erdbeobachtung für verbesserten Küstenschutz, Benin und Togo: Im Mittelpunkt dieses gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen geförderten Projekts steht die Entwicklung einer Pilotanwendung für die satellitengestützte Erdbeobachtung. Diese soll Daten erheben, um zu einem effizienten Monitoring im Sinne von Küstenschutz und Biodiversität im Mono-Flussdelta zwischen Benin und Togo beizutragen.
5. Pilotanlage zur dezentralen sanitären Abwasserentsorgung, Namibia: In Kooperation mit der Bremer Nichtregierungsorganisation (NRO) BORDA soll in einem Township der namibischen Hauptstadt Windhoek eine Pilotanlage zur dezentralen Abwasserentsorgung errichtet werden.

Im Laufe der Legislaturperiode durchgeführte, bereits abgeschlossene Projekte:

1. Nachhaltiger Tourismus, Südafrika: In einem von 2015 bis 2018 laufenden Projekt wurde mit bremischer Unterstützung und der Expertise der BTZ ein Netzwerk geschaffen, um insbesondere touristische Kleinbetriebe in und um Durban zu unterstützen. Das Ziel war es, neue und nachhaltige Angebote für Besucherinnen/Besucher der Stadt zu schaffen, diese in geeigneter Form zu vermarkten und damit zusätzliche Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für benachteiligte Bevölkerungsschichten zu generieren.

2. Berufliche Bildung, Namibia: Bildung ist ein wichtiger Schlüssel, um jungen Menschen eine berufliche und damit auch wirtschaftliche Perspektive für ihre Zukunft zu bieten. Bremen arbeitet seit Jahrzehnten eng mit Namibia zusammen, um die Partner bei einer nachhaltigen Entwicklung und Verbesserung der Lebensumstände der lokalen Bevölkerung vor Ort zu unterstützen. Unter dem Motto „Train the Trainers“ werden mit dem Institut für Technik und Bildung der Universität Bremen (ITB) als Fachpartner des Vorhabens Trainingsmaßnahmen für die Entwicklung von Berufsbildern und die Verbesserung der Ausbildungsstandards entwickelt.
3. Lern- und Erfahrungsaustausch zur Umweltbildung, Südafrika: Unterstützung beim Aufbau eines Programms zur Umweltbildung und öffentlichen Grünfläche mit Bildungsangeboten insbesondere für Kinder nach dem Vorbild der Bremer Kinderwildnis in Durban.

Über die Projekte der staatlichen Ebene hinaus wird insbesondere die Partnerschaft Bremen-Durban um Aktivitäten der Zivilgesellschaft ergänzt.

So finden regelmäßig Jugendaustausche, kulturelle Besuche und sportliche Begegnungen statt. Dieses Engagement und die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Zivilgesellschaft findet auch überregionale Beachtung. So wurde die Partnerschaft Bremen-Durban für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2018 nominiert.

Ebenso werden Auslandsprojekte von in Bremen ansässigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) unterstützt, wie etwa der Norddeutschen Mission in Ghana und Togo und der Organisation BORDA in Südafrika.

Am 14. und 15. November 2016 richteten die Städte Bremen und Bremerhaven erstmals eine Städtepartnerkonferenz zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) „17 Ziele für die bessere Welt“ auf kommunaler Ebene aus. Mehr als 50 Delegierte aus den Partner- und Freundschaftsstädten sowie mehr als 200 Teilnehmerinnen/Teilnehmer aus Bremen und Bremerhaven nahmen an der Konferenz teil. Dieses Veranstaltungsformat wurde in der Folge von anderen Städten in Deutschland aufgegriffen, etwa in Freiburg oder Konstanz, wo bereits ähnliche Konferenzen stattfanden.

Am 4. und 5. März 2019 fand in Bremen die zweite Städtepartnerkonferenz mit dem Schwerpunkt der Aktivierung der Stadtteile statt. Auch diesmal waren wieder Delegationen aus beinahe allen Partner- und Freundschaftsstädten in Bremen und Bremerhaven zu Gast. In insgesamt fünf Exkursionen mit über 20 Stationen in Zusammenarbeit mit den Ortsämtern in den verschiedenen Stadtteilen am ersten Konferenztag und 20 Workshops am zweiten Konferenztag diskutierten fast 300 Vertreterinnen/Vertreter aus den Partnerstädten, der Bremer und Bremerhavener Verwaltung, von Initiativen und Projekten der Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen/Bürger über die Umsetzung der „17 Ziele für eine bessere Welt“ auf kommunaler Ebene und konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit in diesem Bereich. Die Konferenz bildete dabei den vorläufigen Höhepunkt der bremischen Aktivitäten und sollen auch zukünftig alle zwei bis drei Jahren nachhaltig bis 2030 fortgeführt werden.

Diese Konferenzen dienen sowohl der Vernetzung untereinander als auch der Koordinierung und Initiierung von gemeinsamen Projekten im Sinne der 17 Ziele für eine bessere Welt.

Der seit 1988 alle zwei Jahre vom Senat verliehene Solidaritätspreis ist ein weiterer Baustein des fortlaufenden bremischen Engagements für Nord-Süd-Gerechtigkeit. Der Preis soll eine Ermutigung für Einzelpersonen und Gruppen sein, die sich in besonderer Weise für die Überwindung von Ungerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis und die Folgen von Kolonialismus und Rassismus sowie für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Ein unabhängiges, aus Expertinnen/Experten zusammengesetztes Kuratorium unter Geschäftsführung

der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit unterstützt den Senat bei der Auswahl der jeweiligen Preisträgerinnen/Preisträger.

Im Jahr 2017 wurde Stella Agara, eine Aktivistin für weltweite Steuergerechtigkeit und gegen Steuervermeidung, mit dem Preis ausgezeichnet.

Im Jahr 2019 ging der Preis an die zwei Menschenrechtsanwälte Victor Antonio Fernández Guzman und Martin Fernández Guzman. Sie sind Initiatoren beziehungsweise Mitbegründer der „Breiten Bewegung für Würde und Gerechtigkeit“ in Honduras. Die Nichtregierungsorganisation setzt sich für die Durchsetzung der Menschenrechte und Beachtung von Umweltschutzgesetzen ein, insbesondere bei Großprojekten zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in Honduras.

Im Zuge der oben genannten Maßnahmen ist hervorzuheben, dass für die entwicklungspolitischen Aktivitäten in Bremen und im Ausland sowohl auf der staatlichen als auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene Drittmittel in beträchtlichem Maße generiert werden konnten, die den hiesigen Initiativen und den bremischen Partnern im Globalen Süden zugutekommen.

Im Juni 2018 fand eine Delegationsreise des Senats mit der Handelskammer Bremen ins südliche Afrika statt. Besuche in den Partnerstädten Durban und Windhoek wurden genutzt, um die aktuellen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit näher kennenzulernen, persönliche Kontakte zu intensivieren und neue Kooperationen anzubahnen. Als ein direktes Ergebnis wurde eine Kooperationsvereinbarung zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Namibia und der Freien Hansestadt Bremen unterzeichnet.

Ziel 2: Der Senat und die entwicklungspolitischen Organisationen in Bremen und Bremerhaven intensivieren den Dialog mit den Initiativen und Projekten von hier lebenden Migrantinnen und Migranten und binden diese in bestehende Netzwerke ein.

Insbesondere bei Migrantinnen/Migranten afrikanischer Herkunft war in den vergangenen Jahren ein steigendes Interesse an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in ihren Heimatländern erkennbar. Zunehmend wenden sich Einzelpersonen, aber auch Initiativen und Gruppen an die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit mit der Bitte um Informationen über Fördermöglichkeiten oder Unterstützung für entwicklungspolitische Projekte. So wurde etwa die Gründung des Vereins „Chancen für alle e. V.“ unterstützt, der sich mit seiner Arbeit für die Bildung von Straßenkindern in Kamerun einsetzt.

Mit Förderung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) fand als kommunales Projekt im Frühjahr 2016 zunächst in der Stadt Bremen eine Bestandserfassung aller Migrantinnen/Migranten-Organisationen statt, die internationales Engagement betreiben oder dieses anstreben. Im Anschluss an die Befragung wurden alle Organisationen zu einer Vernetzungsveranstaltung eingeladen. Im Rahmen mehrerer Workshops wurden die Ziele und Strukturen der bremischen Entwicklungszusammenarbeit erläutert, Möglichkeiten der Projektförderung des Landes und auf Bundesebene vorgestellt sowie Beteiligungsmöglichkeiten bei den zivilgesellschaftlichen, entwicklungspolitischen Organisationen aufgezeigt. Im November 2018 fand ein weiteres kommunales Netzwerktreffen dieser Art in Bremen statt.

Im Rahmen des vom BMZ geförderten Programms der „Eine-Welt-Fachpromotorinnen/Fachpromotoren“ ist mit finanzieller Förderung des Landes seit Frühjahr 2017 zudem eine Fachpromotorin mit dem Schwerpunkt „Migration, Diaspora & Entwicklung“ beim Afrika-Netzwerk Bremen für einen Zeitraum von zunächst drei Jahren tätig, um den Dialog der in diesen Bereichen tätigen Organisationen zu intensivieren und diese an die Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit im Land Bremen und im Bund heranzuführen.

In den vergangenen Jahren traten auch vermehrt Migrantinnen/Migranten an die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit mit dem Wunsch heran, Unternehmensgründungen mit Afrika-Bezug zu realisieren. Als ein erstes Pilotprojekt fand daher in Kooperation mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der GIZ in den Jahren 2017/2018 eine Seminarreihe statt, die sich gezielt an gründungsinteressierte Migrantinnen/Migranten mit ghanaischer Herkunft wandte. Dabei wurden Kenntnisse unter anderem in den Bereichen Recht, Marketing oder Finanzierung vermittelt. Das Ziel ist es, spezifisch Nord-Süd-Unternehmensgründungen zu fördern und damit einen Beitrag zur nachhaltigen Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Perspektiven in den Heimatländern der Migrantinnen/Migranten zu leisten.

Eine ähnliche Zielsetzung hatten auch die in den Jahren 2012 bis 2016 durchgeführten Afrika-Messen, die unter Beteiligung einer Vielzahl von lokalen Migrantinnen/Migranten-Organisationen stattfanden. Darüber hinaus richteten diese Organisationen regelmäßig weitere Veranstaltungen wie etwa den African Football Cup aus und leisteten damit wichtiges zivilgesellschaftliches Engagement im Sinne einer offenen und toleranten Stadtgesellschaft. Der Senator für Kultur hat in Zusammenarbeit mit Migrantinnen/Migranten-Organisationen sowie den im interkulturellen Bereich tätigen Kultureinrichtungen in Bremen ein stadtweites Netzwerk ins Leben gerufen, aus dem in den letzten Jahren mehrere große, stadtweit vernetzte Kooperationsprojekte in der Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen und Migrantinnen/Migranten-Organisationen hervorgegangen sind, zum Beispiel 2018 der Tag der Kulturen, Sehnsucht.Europa sowie im Juni 2019 das neue Festival der Kulturen.

Darüber hinaus bieten eine Vielzahl von Kultureinrichtungen Projekte zur Teilhabe, zum Ankommen im Quartier, zur Sprachförderung sowie zur kulturellen Bildung an. Kulturprojekte richten sich an alle Zielgruppen. Mit den institutionell geförderten Einrichtungen Volkshochschule Bremen, Stadtbibliothek Bremen sowie den Bremer Bürgerhäusern fördert der Senator für Kultur die Sprachförderung von Anfang an, in vielen kulturellen Projekten auf der Basis von künstlerischer Biografiearbeit, Tanz oder Theater. Im Kulturladen Huchting finden seit vielen Jahren mit der Projektreihe „Insan...mensch“ Projekte statt, die sich mit der Diskussion gemeinsamer Werte auseinandersetzen. Über niedrigschwellige Projekte zur Teilhabe hinaus fördert der Senator für Kultur auch interkulturelle Projekte mit einem höheren ästhetischen Anspruch.

Im Rahmen des Projektes 360 Grad, das durch die Kulturstiftung des Bundes gefördert wird, richten sich die vier großen Einrichtungen Focke Museum, Kunsthalle Bremen, Stadtbibliothek Bremen und Theater Bremen 360 Grad in die Stadtgesellschaft aus und zielen darauf ab, durch ihr Programm, ihr Personal und neue Kommunikationswege neben den etablierten auch neue Zielgruppen anzusprechen.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschloss im Februar 2016 den Antrag „Bremisches Erinnerungskonzept Kolonialismus“. Seit dem moderiert der Senator für Kultur einen Bürgerdialog zum Thema, an dem sich bisher circa 70 Vertreterinnen/Vertretern aus Kultureinrichtungen, Wissenschaftseinrichtungen, solidarischen Initiativen und afrikanischen Communities beteiligt haben. In diesem Rahmen sind viele neue Kooperationen zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft entstanden. Auf der Grundlage der in diesem Prozess gemachten Erfahrungen sind erstmals kulturpolitische Leitlinien zum Umgang mit dem kolonialen Erbe in Bremen erarbeitet worden. „Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“, „Erinnerungskultur“ und „Abbau von Strukturellem Rassismus“ werden darin als miteinander verwobene Teilaspekte des Themenkomplexes „Kolonialismus und seine Folgen“ verstanden.

In Bremerhaven leistet das unter anderem von der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit geförderte Nord-Süd-Forum Bildungs- und Informationsarbeit rund um die Themen Flucht und Migration und unterstützt Migrantinnen/Migranten mit Beratung, Sprachkursen und

anderen Hilfeleistungen. Dabei ist insbesondere das hohe ehrenamtliche Engagement vieler Beteiligter hervorzuheben.

Ziel 3: Der Senat unterstützt und fördert die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit in Bremen und Bremerhaven über die zivilgesellschaftlichen Akteure.

Das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) ist in der Stadt Bremen bereits seit über dreißig Jahren die zentrale Anlaufstelle für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit. Es wird getragen von der gemeinnützigen Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik und Menschenrechte e. V. (AGEM) und derzeit zehn weiteren Trägerorganisationen.

Das Nord-Süd-Forum (NSF) in Bremerhaven wurde kurze Zeit später gegründet und nimmt eine vergleichbare Rolle für die Stadt Bremerhaven ein. Sowohl das biz als auch das NSF erhalten von der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit institutionelle Förderungen zur Ausübung ihrer Aufgaben.

Das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) übernimmt als Landesnetzwerk der entwicklungspolitisch tätigen Organisationen eine wichtige Koordinationsrolle und vertritt die Interessen und Forderungen seiner Mitglieder gegenüber dem Senat. Sowohl diese drei Akteure als auch weitere zivilgesellschaftliche Organisationen führen regelmäßig entwicklungspolitische Informations- und Bildungsveranstaltungen sowie Projekte mit entwicklungspolitischem Schwerpunkt durch, die ebenfalls vom Senat inhaltlich und finanziell unterstützt werden. Anlass- und themenbezogen werden auch Veranstaltungen mit entsprechendem Schwerpunkt in Eigenregie oder Kooperation mit der Zivilgesellschaft durchgeführt beziehungsweise durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten unterstützt.

Die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit pflegt einen fortlaufenden, engen Dialog mit den drei genannten Organisationen und beteiligt sich an koordinierenden Gremien wie dem Netzwerk für Bildung für nachhaltige Entwicklung Bremen, in dem sich regelmäßig Vertreterinnen/Vertreter von Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen und Verwaltung austauschen und koordinieren. Darüber hinaus steht die Bevollmächtigte zu diesem Thema im Austausch mit dem Bund und den Ländern und unterrichtet die bremischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu relevanten Entwicklungen auf politischer Ebene, Maßnahmen und Projekten in anderen Ländern sowie zu überregionalen Fördermöglichkeiten.

Auch unterstützt die Bevollmächtigte beim Bund für Europa und Entwicklungszusammenarbeit die Arbeit des Vereins „World University Service (WUS)“, der regelmäßig deutschlandweit mit Newslettern und Rundbriefen Informationen über Aktivitäten, Veranstaltungen und Initiativen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit auf Länderebene verbreitet.

Die Ziele der Umweltbildungsförderung, als Element der Bildung für nachhaltige Entwicklung, in der Stadtgemeinde Bremen sind der Ausbau und die Vernetzung der außerschulischen Umweltbildungsangebote für Kinder und Jugendliche. Um Kinder und junge Menschen jeweils dort zu erreichen, wo sie leben und in den Kindergarten oder zur Schule gehen, fördert der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Koordinierungsstelle „Umwelt Bildung Bremen“ sowie Basiseinrichtungen für Umweltbildungsarbeit in den Stadtteilen. Aus Mitteln der Umweltlotterie BINGO! fördert der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zudem seit 2010 Projekte in den Themenfeldern Bildung für nachhaltige Entwicklung, globales Lernen und entwicklungspolitische beziehungsweise interkulturelle Bildungsarbeit. Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche beziehungsweise Erwachsene.

Ein wichtiges Element der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit stellt das „Eine-Welt-Promotorinnen/Promotoren-Programm“ dar, das gemeinsam vom Bund und den Ländern finanziert wird. Aufgabe der Promotorinnen/Promotoren ist die Verbreitung von Wissen und Kompetenz im

Hinblick auf ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit, sowie die Stärkung politischer Partizipation und von zivilgesellschaftlichem Engagement.

Im Land Bremen sind derzeit insgesamt fünf Promotorinnen/Promotoren zunächst befristet für drei Jahre tätig. Sie sind bei verschiedenen zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen angesiedelt und engagieren sich zu den Themen Fairer Handel, soziale und nachhaltige Beschaffung, Wasser, Migration und Entwicklung sowie als regionale Promotorin für die Stadt Bremerhaven.

Die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit hat in der vergangenen Legislaturperiode zudem eigene Publikationen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit aufgelegt, darunter Broschüren wie „17 Ziele für eine bessere Welt – In Leichter Sprache“ oder ein Methodenhandbuch für Fortbildungen zur Agenda 2030.

Nicht zuletzt führt die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit den oben genannten Partnern oder in eigener Verantwortung zahlreiche öffentliche Veranstaltungen zu Themen mit entwicklungspolitischem Bezug durch. Besonders hervorzuheben ist hierbei das Bremer Engagement für die Westsahara: In Kooperation mit dem in Bremen ansässigen Verein „Freiheit für die Westsahara e. V.“ wurden auch in der vergangenen Legislaturperiode Veranstaltungen, Ausstellungen und andere Maßnahmen durchgeführt, um auf die Situation des sahraischen Volkes aufmerksam zu machen. Das Thema Menschenrechte war auch darüber hinaus ein Schwerpunkt der von der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit durchgeführten Veranstaltungen, etwa zur Lage in Zimbabwe oder dem Konflikt in Syrien.

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Verkündung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ am 10. Dezember 1948 richtete die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit in Kooperation mit dem Freundeskreis „Garten der Menschenrechte“ und der Hochschule Bremen in 2018 eine Veranstaltungsreihe zum Thema Menschenrechte aus. In insgesamt elf Vorträgen wurde jeweils ein spezifisches Menschenrecht behandelt und öffentlich diskutiert. Die Veranstaltungsreihe fand großen Anklang und gipfelte am Jahrestag mit einer großen Veranstaltung im Haus der Bürgerschaft am 10. Dezember 2018.

Ziel 4: Bildung für nachhaltige Entwicklung findet Einzug in die Ausbildung von LehrerInnen und Erzieherinnen/Erzieher.

Das Konzept Bildung für nachhaltige Entwicklung (BnE) beschreibt eine ganzheitliche und transformative Bildung, die die Lerninhalte und –ergebnisse, die Pädagogik und die Lernumgebung berücksichtigt. Lehren und Lernen soll auf interaktive Weise gestaltet werden, um forschendes, aktionsorientiertes und transformatives Lernen zu ermöglichen. Lernende sollen in die Lage versetzt werden, sich selbst und die Gesellschaft, in der sie leben, zu verändern. BnE dient entsprechend nicht nur dazu Klimaschutz und Biodiversität zu thematisieren, sondern partizipative Methoden zu verwenden, um kritisches Denken, Teamfähigkeit und weitere Fähigkeiten zu vermitteln. Hinzu kommt ein internationaler Blick, der es uns ermöglicht, uns als Weltbürgerinnen/Weltbürger zu verstehen, deren Denken und Handeln nicht an den eigenen Landesgrenzen aufhört.

Vom 3. bis 5. Mai 2018 fand in Bremen der von der Senatorin für Kinder und Bildung, der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aus BINGO-Mitteln geförderte BnE-Fachkongress „WeltWeitWissen“ statt. Unter dem Motto „Lernen für den Wandel“ war der Kongress Treffpunkt für Akteurinnen/Akteure im Globalen Lernen und bot ein Forum für Inspiration, Vernetzung und Austausch. Über 400 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, darunter Lehrkräfte, Studierende, Fachleute aus Verwaltung und Zivilgesellschaft und Bildungsträgerinnen/Bildungsträger nahmen an Podien, Diskussionsrunden und Fachforen teil.

Das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hat an der Universität Bremen Einzug in die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern gefunden. Die Universität verfügt über ein umfangreiches Angebot an nachhaltigkeitsorientierten Lehrveranstaltungen in fast allen Studienfächern, die auch von Lehramtsstudierenden angewählt werden können. Dazu zählen auch die Angebote der „Virtuellen Akademie Nachhaltigkeit“, in denen Grundlagenwissen über Nachhaltigkeit über videobasierte Online-Lehrveranstaltungen in Kombination mit Präsenzlehre vermittelt wird. Die Senatorin für Kinder und Bildung fördert und unterstützt in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule vielfältige Aktivitäten in Schulen zur Förderung des Bewusstseins für Nachhaltigkeit und Umweltbildung. Maßnahmen aus dem Bereich Kinder umfassen beispielsweise Fortbildungen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung wie „Tür auf! Mein Einstieg in Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowohl für pädagogische Fachkräfte, als auch für Leitungskräfte in Kitas.

Die Fortbildungen werden im Rahmen der trägerübergreifenden Fortbildungen als Projekt bei der Senatorin für Kinder und Bildung von der botanika durchgeführt. Das biz bietet den Schulen außerdem Unterstützung für die Durchführung von Unterrichtseinheiten und Projekten zu den Zielsetzungen der Agenda 2030 für 17 Ziele für eine bessere Welt an. Dazu gehören unter anderem didaktische Materialien zu Themen wie Armut, Menschenrechte, Fairer Handel, Wasser, den Auswirkungen von Konsum, Klimawandel oder Geschlechtergerechtigkeit. Speziell zusammengestellte „Themenkoffer“ mit Materialien zum Anfassern, Spielen und Lernen sind dabei von den Lehrkräften besonders nachgefragt und werden regelmäßig für den Einsatz im Unterricht verwendet.

Als eine Handreichung für Lehrkräfte und Fortbilderinnen/Fortbilder wurde von der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit als Ergänzung dazu das Methoden-Handbuch „17 Ziele – eine Fortbildung“ aufgelegt. Es umfasst vier Lerneinheiten rund um die Bedeutung der UN-Agenda 2030. Außerdem wurde in Kooperation mit der Lebenshilfe Bremen die Broschüre „17 Ziele für eine bessere Welt - In Leichter Sprache“ veröffentlicht. Damit haben alle Bürgerinnen/Bürger die Möglichkeit, sich über die 17 Ziele und ihre Bedeutung zu informieren. Bisher ist diese Broschüre in ihrer Art einzigartig in Deutschland.

Kita zur Stärkung der Umweltbildungsarbeit in Bremer Kindertageseinrichtungen beziehungsweise der pädagogischen Arbeit im Bildungsbereich »Natur, Umwelt & Technik« bietet die Senatorin für Kinder und Bildung Fortbildungsangebote, Projekte mit Kita-Kindern und Fachtage an. Diese Angebote sind Impulsgeber für die (Weiter-)Entwicklung der Umweltbildungsarbeit in Bremer Kitas. Kooperationen bestehen in diesem Bereich mit der botanika – Das Grüne Science Center im Rhododendron-Park, mit dem FlorAtrium des Landesverbands der Gartenfreunde Bremen e. V. und mit dem Universum® Bremen.

Das gemeinsam von der Senatorin für Kinder und Bildung und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr geförderte Projekt „Natur erleben in der Kita“ zielt auf eine qualitative Weiterentwicklung der Kindertagesstätten im Bereich Naturpädagogik und Naturerleben. Es wurde 2017 gemeinsam mit der Koordinierungsstelle Umwelt Bildung Bremen für die Stadtgemeinde Bremen initiiert und umfasst verschiedene Bausteine (zum Beispiel Fortbildungsangebote, Leitfäden und Handlungsempfehlungen für pädagogische Fachkräfte).

Das von der gemeinnützigen Klimaschutzagentur Energiekonsens initiierte Projekt »ener:Kita« (Energiesparen und Klimaschutz in Kitas) hat zum Ziel, die Themen Energieeinsparung und Klimaschutz durch die Kombination von pädagogischen und technischen Maßnahmen in den Kitas im Land Bremen zu verankern.

Unabhängig davon sind die Themen Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit und Nachhaltigkeit Querschnittsthemen und werden deshalb in der Schule in unterschiedlichsten Fächern von Kunst über Politik bis hin zu Geografie und Biologie aufgerufen.

Viele Schulen in Bremen und Bremerhaven pflegen in eigener Regie Partnerschaften mit Schulen in Ländern des Globalen Südens oder unterstützen dortige Projekte, etwa die St. Johannis-Schule mit ihrer jährlichen Burkina-Faso-Woche oder die Oberschule am Leibnizplatz mit ihrer neuen Schulpartnerschaft mit der Augustineum Secondary School in Windhoek/Namibia. Darüber hinaus engagieren sich in Bremen insgesamt vier UNESCO-Projektschulen mit einer Vielzahl von Projekten und Aktionen für die Einhaltung der Menschenrechte und für gerechte Nord-Süd-Beziehungen.

Ziel 5: Die öffentliche Beschaffung wird in der Freien Hansestadt Bremen nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet, indem insbesondere das Vergabegesetz konsequent umgesetzt wird.

Mit dem Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetz besteht für die bremische Verwaltung bereits seit 2009 über klare rechtliche Regelungen zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit sowie – seit 2011 – über spezifische Regelungen zum Nachweis der Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen bei der öffentlichen Beschaffung. Am 2. April 2019 hat der Senat den Anwendungsbereich im Rahmen einer Neufassung der Bremischen Kernarbeitsnormverordnung sogar noch einmal deutlich erweitert, sodass nunmehr für insgesamt acht Warengruppen konkrete Vorschriften über die Bedingungen der Nachhaltigkeit und die Nachweispflichten existieren.

Daraufhin hat Bremen unter Federführung der Senatorin für Finanzen sukzessive ökologische und soziale Kriterien beim Einkauf verankert. Mit der Kompetenzstelle für sozialverantwortliche Beschaffung im Einkaufs- und Vergabezentrum bei Immobilien Bremen AöR steht seit 2016 zudem eine zentrale Ansprechperson innerhalb der bremischen Verwaltung bereit. Das Einkaufs- und Vergabezentrum achtet als zentraler Dienstleister für den Einkauf sowie durch Unterstützungsangebote im Vergabemanagement und im Ausschreibungsdienst auf die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in den jeweiligen Verfahren. Vor allem bei den Rahmenverträgen des zentralen Einkaufs, die über den elektronischen Einkaufs- und Bestellkatalog (BreKat) abgerufen werden können, wird durch Bieterdialoge im Vorfeld einer Ausschreibung eruiert, welche Nachhaltigkeitskriterien am Markt bedient werden können und wo mögliche Handlungsbedarfe gesehen werden. Der Nachweis der Einhaltung der geforderten ökologischen und sozialen Mindestanforderungen erfolgt vielfach über Siegel und Zertifikate. Im Ergebnis nimmt Bremen im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung deutschlandweit eine Vorreiterrolle ein.

Dies gilt auch für den Bereich der IT-Beschaffung, bei der ebenfalls soziale und ökologische Standards auf Basis der rechtlichen Vorgaben in den Ausschreibungsprozess eingeflossen sind. Weitere Warengruppen werden sukzessive in den Blick genommen und in Abstimmung mit anderen Kommunen beziehungsweise den Ländern hinsichtlich ihrer Produktionsbedingungen und Lieferketten untersucht. So fand im Februar 2019 der bundesweit erste Herstellerkongress für Sicherheits- und Arbeitsschuhe in Bremen statt, an dem mehr als 60 Vertreterinnen/Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft teilnahmen. In der vom Senat am 2. April beschlossenen Neufassung der Bremischen Kernarbeitsnormverordnung werden nunmehr auch die Produkte der Informations- und Kommunikationstechnik vom Anwendungsbereich erfasst.

Seit Juni 2018 führen die Senatorin für Finanzen und die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam das Projekt „Faire Beschaffung 4.0 – Weiterentwicklung der sozialverantwortlichen und ökologischen Beschaffung der Freien Hansestadt Bremen“ durch. Ziel des Projekts ist es, das Angebot an Warengruppen mit zentralen Rahmenverträgen, die die hohen Anforderungen an eine sozial und ökologisch nachhaltige Beschaffung erfüllen, systematisch zu erweitern. Außerdem widmet sich das Projekt dem Thema Faire Beschaffung im Bereich des Verbrauchs an Getränken und Catering durch die öffentliche Verwaltung. Hierdurch soll der Anteil an fair

gehandelten und zertifizierten Lebensmitteln bei Bewirtungen, offiziellen Anlässen und Veranstaltungen signifikant erhöht werden. Die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter sollen für die Hintergründe des bremischen Engagements in Sachen Fair Trade sensibilisiert werden und über alle Dienststellen hinweg soll die Beschaffung von fair gehandelten und zertifizierten Lebensmitteln als Standard bei der Bewirtung in Bremen etabliert werden.

Mit Blick auf die Auszeichnung als „Hauptstadt des Fairen Handels“ im Jahr 2011 hat sich der Senat in den Folgejahren auch überregional für die Förderung und Verbreitung des Fairen Handels engagiert. So hat sich Bremen gemeinsam mit Partnerkommunen und -regionen im Ausschuss der Regionen erfolgreich für einen analogen Wettbewerb auf EU-Ebene eingesetzt.

Im Januar 2015 wurde das Projekt BioStadt Bremen ins Leben gerufen. Eines der Hauptziele ist es, mehr Lebensmittel aus dem ökologischen Landbau (möglichst aus der Region) in öffentliche Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen einzusetzen und eine umweltfreundliche Landwirtschaft, eine artgerechte Tierhaltung und eine gesunde Ernährung zu fördern. Um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen, startete unter anderem zum 1. Oktober 2016 das Pilotprojekt „Mehr Bio in Bremer KiTas“. Von Januar bis Ende Oktober 2017 wurde eine zehnmonatige Praxisphase durchgeführt, während der in den teilnehmenden Kitas Lebensmittel aus dem ökologischen Landbau verwendet wurden. Weitere Teilprojekte beschäftigen sich zum Beispiel mit Urban Farming, der Vernetzung von Stadt und Region oder Veranstaltungen und Vortragsreihen.

Ziel 6: Für alle Behörden Bremens wird ein Mechanismus zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes bei Dienstreisen eingeführt.

Mit Senatsbeschluss vom 13. März 2018 wurde ein Verfahren zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes bei Dienstreisen von Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter bremischer Behörden eingeführt. Diese Regelung gilt für alle mit dem Auto, mit der Bahn oder mit dem Flugzeug durchgeführten Dienstreisen. Für jede Dienstreise wird anhand der zurückgelegten Kilometerzahl und des gewählten Verkehrsmittels auf Basis der vom Umweltbundesamt bereitgestellten Daten rechnerisch die ausgestoßene CO₂-Menge ermittelt. Der ermittelte Ausstoß aller Dienstreisen wird jeweils für ein Kalenderjahr pro Ressort zu einer Gesamtmenge addiert und mit einem vorab bestimmten Wert pro Tonne CO₂ multipliziert.

Die Kompensationsbeträge fließen dem Bremer Klimafonds zu. Der Bremer Klimafonds ist ein Treuhandfonds, betrieben von der Geschäftsstelle „Umwelt Unternehmen“ in Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen Klimaschutzagentur Energiekonsens. Aus den Mitteln des Bremer Klimafonds werden die Maßnahmen zur Wiedervernässung von Mooren oder Maßnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes im Land Bremen unterstützt. Gemeinnützige kulturelle oder soziale Einrichtungen, Vereine oder Verbände mit Sitz im Land Bremen können Zuschüsse aus dem „Klimafonds“ für CO₂mindernde Maßnahmen beantragen. So profitieren die Einrichtungen zusätzlich durch die langfristige Einsparung von Energiekosten.

Ziel 7: Der Senat initiiert in Kooperation mit den developmentpolitischen Organisationen ein Projekt zur developmentpolitischen Partizipation junger Menschen.

Im Jahr 2016 wurde das junge developmentpolitische Forum (Jep) gegründet. Das Jep ist beim Bremer developmentpolitischen Netzwerk (BeN) angesiedelt und bietet jungen Bremerinnen/Bremern die Möglichkeit, sich über developmentpolitische Themen auszutauschen und zu informieren, eigene Projekte und Aktionen durchzuführen und sich mit den im Land Bremen tätigen, developmentpolitischen Organisationen zu vernetzen.

An der Auftaktveranstaltung im Juni 2016 nahmen circa 40 junge Menschen teil. Sie organisieren sich seitdem regelmäßig sowohl im Rahmen von offenen Treffen als auch in themenspezifischen Arbeitsgruppen. Dabei bleiben die Mit-

gliederinnen/Mitglieder des Jep nicht nur unter sich, sondern suchen im Rahmen von Veranstaltungen und Seminaren den Dialog mit Politikerinnen/Politikern und Aktiven in der Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem führt das Jep regelmäßig Aktionen wie Flashmobs, Unterschriftenaktionen und weitere Kampagnen durch. Die thematischen Schwerpunkte sind dabei der Faire Handel, Konsumkritik, Klimaschutz, Artenvielfalt, Upcycling oder Nord-Süd-Beziehungen.

Während sich im Jep in erster Linie Schülerinnen/Schüler der Oberstufe und Studierende engagieren, ist das jährliche Schulfußballturnier Bremen Global Championship (BGC) darauf ausgerichtet, jüngere Jahrgänge von Schülerinnen/Schüler an entwicklungspolitische Themen heranzuführen. Das Turnier findet 2019 bereits zum elften Mal statt und nimmt neben dem sportlichen Wettbewerb umweltpolitische Themen und Fragen der Nord-Süd-Gerechtigkeit in den Blickpunkt. Jedes Jahr hat die BGC ein Hauptthema, das in den verschiedenen Phasen des Turniers behandelt wird. An diesem Turnier nehmen Schulklassen zwischen der 7. und der 9. Jahrgangsstufe teil. Durch die BGC werden vor allem Länder des Globalen Südens aus der umwelt- und entwicklungspolitischen Perspektive in den Fokus gerückt. Die Schüler*innen beschäftigen sich so über mehrere Wochen hinweg mit landesspezifischen, aber auch globalen Fragestellungen, die auch während des Abschlussturniers im Rahmen von verschiedenen Aktivitäten herausgearbeitet werden.

Neben der Jugendbeteiligung vor Ort ist in den entwicklungspolitischen Leitlinien die Förderung des Nord-Süd-Austausches junger Menschen festgeschrieben. So hat sich Bremen in den vergangenen Jahren regelmäßig am Freiwilligendienst „weltwärts“ beteiligt. Das weltwärts-Programm ermöglicht es jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren, sich ehrenamtlich im Globalen Süden zu engagieren, dabei internationale Erfahrungen zu sammeln, sowie interkulturelle Kompetenz und Qualifikationen für die berufliche Orientierung zu erwerben. Unter dem Motto „Lernen durch tatkräftiges Helfen“ unterstützen die Freiwilligen Partnerprojekte im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen. Aus Bremen werden dabei mit Unterstützung von lokalen Partnerorganisationen jährlich zwischen 20 und 30 junge Menschen entsandt, davon ein großer Teil in die bremische Partnerstadt Durban in Südafrika. Für die Zukunft ist beabsichtigt, verstärkt jungen Menschen aus dem Globalen Süden einen Aufenthalt in Bremen zu ermöglichen.

Ein weiteres Instrument des Nord-Süd-Austausches junger Menschen ist das von Engagement Global getragene und von Bremen geförderte ASA-Programm. Ziel dieses entwicklungspolitischen Lern- und Qualifizierungsprogramms ist es, jungen Menschen Handlungs- und Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, damit sie langfristig und wirksam in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung übernehmen können. Für die Teilnehmenden wechseln sich mehrtägige Seminare in Deutschland mit einem dreimonatigen Projektpraktikum in einem von mehr als 50 Ländern in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Südosteuropa ab. Die Teams aus Bremen arbeiten dabei in paritätischer Besetzung mit Teilnehmenden aus dem Globalen Süden zusammen, die ihrerseits eine dreimonatige Phase in Bremen verbringen. Die Teilnehmerinnen/Teilnehmer aus Bremen werden dabei nach Möglichkeit in laufende Projekte der Zusammenarbeit mit Partnerstädten in Namibia oder Südafrika einbezogen.

Als Ergänzung zu diesen staatlichen Austauschprogrammen existieren auch Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Im Projekt „Youth on the World“ beispielsweise befassen sich Jugendliche aus Kamerun und Deutschland mit politischen Fragen, Kultur und Veränderung. Das Programm verbindet Entwicklungszusammenarbeit und globales Lernen mit wechselseitigen Begegnungsreisen. Höhepunkte der jeweils 16 Monate andauernden Projekte von Bremer und kameruner Gymnasien sind wechselseitige Begegnungsreisen – 14 Tage in Kamerun und 14 Tage in Deutschland.

Ziel 8: Ein entwicklungspolitisches Forum wird eingerichtet und berät den Senat bei der Umsetzung der Leitlinien.

Im Juni 2016 wurden alle Beteiligten des Erarbeitungsprozesses der Leitlinien zu einem Offenen Forum eingeladen, um in Workshops und Diskussionsrunden Einblicke in den Umsetzungsstand und die Vorhaben der Ressorts zu erhalten. Die Ergebnisse des Forums wurden im Rahmen einer Dokumentation aufbereitet und auf der Internetseite der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht.

Im September 2018 fand ein weiteres solches Offenes Forum für alle interessierten Bürgerinnen/Bürger, Initiativen und Gruppierungen aus dem Bereich Entwicklungszusammenarbeit statt. Es wurden Ideen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Leitlinien über das Ende der Legislaturperiode hinaus gesammelt und wiederum im Rahmen einer Dokumentation veröffentlicht.

Einige Vorschläge beziehungsweise Ideen aus den Offenen Foren wurden bereits umgesetzt, darunter die Einführung eines Ausgleichs der bei Dienstreisen anfallenden CO₂-Emissionen, die Durchführung einer öffentlichkeitswirksamen BnE-Veranstaltung (WeltWeitWissen) oder die Ausweitung der Beschaffung anhand von sozialen und nachhaltigen Kriterien sowohl auf zusätzliche Warengruppen als auch auf weitere Bereiche über die Kernverwaltung hinaus.

Weitere Vorschläge aus den Offenen Foren bleiben ständige Aufgabe beziehungsweise könnten in die Fortschreibung der entwicklungspolitischen Leitlinien einfließen:

- Einsatz für eine restriktive Rüstungspolitik anhand von klaren Kriterien auf Bundesebene;
- Aufbau einer weiteren Entwicklungspartnerschaft mit einer afrikanischen Kommune (siehe unten);
- Einbindung weiterer Akteure in die Bremer Entwicklungszusammenarbeit, etwa aus den Bereichen Mobilität, Soziales oder Gesundheit;
- Aufbau spezieller Angebote für gründungsinteressierte Migrantinnen/Migranten;
- Verstärkte Eigenerzeugung von Strom mittels Solaranlagen auf den Dächern öffentlicher Gebäude;
- Bessere Vernetzung des Jep mit Bremer Schulen und Hochschulen.

Zudem wurde im Rahmen der Offenen Foren angeregt, eine neue Entwicklungs-Partnerschaft mit einer afrikanischen Kommune einzugehen. Diese sollte einen geografischen Bezug zu den in Bremen lebenden Gruppen von Migrantinnen/Migranten haben. Die in Bremen lebenden Migrantinnen/Migranten afrikanischer Herkunft stammen schwerpunktmäßig aus dem westlichen Afrika (Ghana, Nigeria, Gambia), daher sollte für eine neue Partnerschaft eine Stadt oder Kommune aus einem dieser Länder gewählt werden, um möglichst viele in Bremen lebenden Menschen für ein potenzielles Engagement gewinnen zu können und ihre spezifische Expertise in die Arbeit einbeziehen zu können.

Ziel 9: Der Senat richtet einen ressortübergreifenden Arbeitskreis Entwicklung ein.

Der ressortübergreifende Arbeitskreis Entwicklungspolitik wurde erstmals im Juni 2015 einberufen und tagt seitdem in der Regel quartalsweise. Die Aufgabe des Arbeitskreises ist es, die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien zu koordinieren und die Zusammenarbeit der einzelnen Senatsressorts bei Themen mit entwicklungspolitischem Bezug zu erleichtern. So oblag dem Arbeitskreis die planerische Vorbereitung der im März 2018 durchgeführten zweiten Städtepartnerkonferenz. Auch die Einführung der Kompensation des CO₂-Ausstoßes bei Dienstreisen wurde im Arbeitskreis vorbereitet und mit den beteiligten Ressorts abgestimmt.

Ferner werden in den Arbeitskreis anlassbezogen auch entwicklungspolitische Akteure von außerhalb der Verwaltung eingeladen, wie etwa die GIZ, um über anstehende Projekte mit internationalem Bezug oder Möglichkeiten der Drittmittelfinanzierung zu informieren. Darüber hinaus rücken zunehmend die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung und ihre Umsetzung in den Fokus des Arbeitskreises. Das Land Bremen befindet sich in regelmäßigem Austausch mit dem Bund und den Ländern und beteiligt sich an Konsultationen etwa im Vorfeld der Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes oder der Festlegung von Indikatoren zur Erfolgsmessung bei der Umsetzung der SDGs in Deutschland.

Die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit verfolgt in Kooperation mit der Senatorin für Finanzen und unter Beteiligung aller Ressorts das Projekt „SDGeHaushalt“. Im Rahmen des SDGeHaushalts erfolgt eine Zuordnung der Produktgruppen und Leistungskennzahlen des bremischen Produktgruppenhaushalts (Land und Stadtgemeinde) zu den 17 Zielen für eine bessere Welt der Agenda 2030 und deren Unterzielen. Durch diese Zuordnung wird es künftig möglich sein, den Einsatz der bremischen Mittel - auch zielspezifisch - abzubilden.

Darüber hinaus bietet der SDGeHaushalt perspektivisch die Möglichkeit der Generierung von Nachhaltigkeitsberichten und bietet Darstellungsweisen, welche Entwicklungen über einen längeren Zeitraum abbilden können. Der SDGeHaushalt ist derzeit zwar noch in der Entwicklungsphase, langfristig bietet er als ressortübergreifendes Instrument aber vielfältige Möglichkeiten für ein Monitoring und eine wirkungsorientierte Steuerung im Bereich der Agenda 2030 für alle Politikbereiche. Dieses Projekt stößt auf großes überregionales und auch internationales Interesse, da Bremen hiermit einen sehr innovativen Weg beschreitet, der Vorbildcharakter über die Landesgrenzen hinweg haben kann.

Seit dem Jahr 2018 nimmt Bremen am Programm „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik (Kepol)“ teil. Dadurch war es möglich, eine größtenteils drittmittelgeförderte Koordinierungsstelle zu besetzen. Zu den Schwerpunkten der Arbeit des Kepol-Koordinators gehören die Bildungs- und Informationsarbeit zu den 17 Entwicklungszielen, die Vernetzung von lokalen Akteuren sowie die Planung und Durchführung von Veranstaltungen. Ziel ist es, die 17 Ziele im Land Bremen in Verwaltung und Zivilgesellschaft als zusätzliches Leitbild zu etablieren und möglichst viele Akteure zu gewinnen, um an deren Umsetzung mitzuwirken. Als Beispiele können neben der bereits genannten Broschüre „17 Ziele für eine bessere Welt - In Leichter Sprache“, das Methodenhandbuch oder auch die Öffentlichkeitsarbeit durch die Gestaltung von 2 000 Mehrwegbechern mit bremischen Motiven und einem Hinweis auf die SDGs durch die Studierendenfirma „Cup2date“ genannt werden - Die Becher kommen in Cafés und anderen Ausgabestellen im Bremer Stadtgebiet zum Einsatz.

Mit dem Kepol-Koordinator steht nun auch den Ortsbeiräten ein Ansprechpartner zur Verfügung, der sie dabei unterstützt, das Thema Agenda 2030 in den Stadtteilen zu etablieren. Darüber hinaus erfolgen anlassbezogen Kooperationen mit anderen Akteuren wie zum Beispiel der Vernetzungsstelle RENN.Nord, um die 17 Ziele auch bei den Unternehmen in Bremen und Bremerhaven bekannter zu machen.

Mit Beginn des Jahres 2017 ist die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit eine Kooperation mit der Hochschule Bremen eingegangen, um gemeinsame Projekte aufzulegen, Aktivitäten mit internationalem Bezug aufeinander abzustimmen und in diesem Rahmen zusätzliche Synergien zwischen Verwaltung und Wissenschaft zu generieren. Diese Zusammenarbeit ist zunächst bis Ende 2019 befristet.

Neben den Aktivitäten und Maßnahmen vor Ort setzt sich das Land Bremen auch im Bund und gegenüber der EU für kohärentes Handeln im Sinne der 17 Ziele ein. Auf Initiative der Länder Bremen, Baden-Württemberg und Bayern

findet seit 2014 ein regelmäßiges Treffen aller für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Ministerinnen/Minister statt. Das Treffen dient sowohl der gemeinsamen Koordinierung der Aktivitäten als auch der Einbringung der Länderkompetenzen in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, etwa in den Bereichen Schulen & Hochschulwesen, berufliche Aus- und Fortbildung oder Umwelt & Klimaschutz.

Darüber hinaus koordiniert das Land Bremen seine entwicklungspolitischen Aktivitäten fortlaufend mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und seinen Vorfeldorganisationen, allen voran Engagement Global mit seiner Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und der GIZ. Zudem tauscht sich Bremen regelmäßig mit den anderen Ländern aus und bringt sich in den beim Deutschen Städtetag angesiedelten „Arbeitskreis Internationales“ mit ein.

Ausblick

Insgesamt ist es gelungen, in der laufenden Legislaturperiode einen Großteil der in den Leitlinien formulierten Ziele umzusetzen. Im Ländervergleich ist das bremische entwicklungspolitische Engagement in Relation zur Einwohnerzahl nach wie vor herausragend und bundesweit anerkannt. Gleiches gilt für das zivilgesellschaftliche Engagement in Bremen und Bremerhaven, dessen Darstellung aufgrund seiner Vielfalt und seines Umfangs den hier gegebenen Rahmen sprengen würde.

Die Umsetzung der im Rahmen der Agenda 2030 von den Vereinten Nationen festgesetzten 17 Ziele für eine bessere Welt wird in den kommenden Jahren die Richtschnur für die internationale und europäische, ebenso wie für die deutsche und bremische Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik bleiben. Das Motto der Agenda 2030 „Leave no one behind“ kann auch für Bremen zu einem Leitsatz werden. Diese Forderung zieht sich als Grundsatz durch die gesamte Agenda 2030. In den kommenden Jahren muss daher weiterhin der Fokus darauf liegen, die sozialen und wirtschaftlichen Anstrengungen fortzuführen und zugleich alle benachteiligten Menschen und Bevölkerungsgruppen zu erreichen, um damit steigender Ungleichheit entgegenzuwirken. Bremen könnte mit einer konsequenten Ausrichtung aller Politikfelder und des Haushalts an den SDGs eine Vorreiterrolle unter den Ländern ebenso wie auf kommunaler Ebene einnehmen und durch die Zusammenführung bereits bestehender Leitbilder und Netzwerke Doppelungen vermeiden und Synergieeffekte erzeugen.

Die Stärke der Agenda 2030 liegt darin, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension nachhaltiger Entwicklung miteinander zu verknüpfen. Die Umsetzung der SDGs erfordert daher jedoch auch Abstimmung über Ressort- und Fachbereichsgrenzen hinweg. Im Zuge dessen müssen auch Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft intensiv eingebunden werden. Es böte sich daher an, die bisherigen Aktivitäten und Maßnahmen zur Nachhaltigkeit und im Bereich Internationales beziehungsweise Entwicklungszusammenarbeit zusammenzuführen und dabei auch Handlungsfelder einzubeziehen, die bisher nicht explizit im Kontext der Nachhaltigkeit betrachtet wurden. Dabei sind insbesondere von der Europäischen Union – die gemeinsam mit den Mitgliedstaaten der größte entwicklungspolitische Akteur der Welt ist – zunehmende Impulse zu erwarten, zum Beispiel in Form einer eigenen, an der Agenda 2030 orientierten EU-Nachhaltigkeitsstrategie.

Bremen könnte hier durch eine weitere Verschränkung seiner entwicklungspolitischen Aktivitäten mit seinem europapolitischen Handeln einerseits selbst Impulse setzen und andererseits neben Bundesmitteln auch verstärkt Fördermöglichkeiten der europäischen Ebene nutzen.

Um die Umsetzung der 17 Ziele konsequent zu verwirklichen, müssen alle Bereiche der Verwaltung mitwirken. Dabei gilt es, die übergeordneten Leitsätze in konkretes politisches Handeln zu übersetzen und messbar zu machen. Die geplante Verknüpfung der 17 Ziele mit den Produktgruppen des elektroni-

schen Haushalts soll dazu beitragen, in allen Ressorts der bremischen Verwaltung diese globalen Ziele als Orientierungsrahmen zu etablieren. Damit wird auch die Möglichkeit zur unkomplizierten Berücksichtigung im Rahmen von langfristigen Konzepten oder Leitplänen geschaffen. Berichte über die sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeitseffekte der Bremer Verwaltung wären einfacher zu erstellen sowie positive Entwicklungen schnell nachzuvollziehen.

Zudem wird die Koordinierung mit anderen Ländern und dem Bund erleichtert. Bremen würde als erstes Bundesland mit einer solch systematischen Verankerung der 17 Ziele im Haushalt zudem eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion für andere Gebietskörperschaften einnehmen.

Bremens Beziehungen in den globalen Süden

Die langjährigen Beziehungen Bremens nach Afrika hatten ihren Ursprung in zivilgesellschaftlichen Initiativen. Nicht zuletzt aufgrund der vielen Bremerinnen und Bremern afrikanischer Herkunft bietet es sich an, diese Beziehungen über den Bereich Entwicklungszusammenarbeit hinaus auszubauen und ggf. neben Namibia und Südafrika einen neuen geografischen Schwerpunkt zu identifizieren. So könnten das Wissen und das Engagement der in Bremen lebenden Afrikanerinnen/Afrikaner für ihre Heimatländer genutzt und noch besser sichtbar gemacht werden. Es steht außer Frage, dass der Nachbarkontinent Europas in den kommenden Jahren eine immer wichtigere Rolle in der internationalen und europäischen Politik einnehmen wird. Die Bundesregierung hat dies in mehreren Afrika-Strategien zum Ausdruck gebracht und beabsichtigt, ihr Engagement und die finanzielle Förderung entsprechender Projekte weiter auszubauen. Für Bremen bietet dies die Chance zur Einwerbung zusätzlicher Drittmittel und Anbahnung neuer Kontakte, die in der Folge in neue Kooperationen auch auf wirtschaftlicher Ebene münden könnten. Denkbar wäre hierbei eine Partnerschaft mit Sierra Leone oder der Elfenbeinküste oder mit einem der Länder Ghana, Nigeria und Gambia, aus denen die in Bremen lebenden Migrantinnen/Migranten afrikanischer Herkunft schwerpunktmäßig stammen.

Zudem könnten in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auch Partnerschaften in andere Weltregionen über Afrika hinaus etabliert werden. Dies könnte beispielweise aufbauend auf dem Engagement von BORDA in Kuba erfolgen.